

Brüssel, den 11.8.2015
C(2015) 5552 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 11.8.2015

**über die Einzelmaßnahme für die Republik Guinea zulasten des 11. Europäischen
Entwicklungsfonds**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 11.8.2015

über die Einzelmaßnahme für die Republik Guinea zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 322/2015 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 9,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds², insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Nationale Richtprogramm für die Republik Guinea für den Zeitraum 2014-2020³ angenommen, in dem unter Punkt 3 folgende Prioritäten festgelegt sind: 1) Wiederherstellung der Staatsgewalt, 2) städtische Abwasserentsorgung und 3) Gesundheit. Außerdem sind flankierende Maßnahmen vorgesehen, einschließlich einer Ausstiegsstrategie im Straßensektor, eines Programms zur Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten und einer Fazilität für technische Zusammenarbeit zur Unterstützung der Programmierung, Ausarbeitung und Durchführung der Maßnahmen.
- (2) Die Maßnahme zulasten des 11. EEF⁴ wurde für den besonderen Kontext der Gesundheitskrise des Landes konzipiert, die sich gravierend auf die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen ausgewirkt hat. Mit dieser Maßnahme soll die Regierung folglich unterstützt werden, die Ebola-Epidemie zu bekämpfen und ein breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum zu fördern.
- (3) Die Maßnahme mit der Bezeichnung „Unterstützungsprogramm für die Staatskonsolidierung“ soll dazu beitragen, den haushaltspolitischen Spielraum der Regierung für die Sanierung des Gesundheitswesens nach der Ebola-Krise zu erweitern, die Reformen im Bereich der öffentlichen Finanzen und der Statistik voranzutreiben und die Anstrengungen der Regierung zur Gewährleistung der zentralen Funktionen des Staates zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Maßnahme zur Stärkung der statistischen Aufgaben des Staates beitragen. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch Budgethilfe, ergänzt durch institutionelle Unterstützung für das nationale Statistikamt.

¹ ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

³ Beschluss C(2014)9205 final vom 2.12.14.

⁴ Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1).

- (4) Es sollte ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission⁵ erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (5) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 anwendbar ist, muss der zuständige Anweisungsbefugte dafür sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Diese Maßnahmen und die übertragenen Aufgaben sind im Anhang zu diesem Beschluss beschrieben.
- (6) Der zuständige Anweisungsbefugte kann Zuschüsse ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben, sofern die Bedingungen für eine entsprechende Ausnahme nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erfüllt sind, der gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung findet. Dem nationalen Statistikamt als öffentlicher Verwaltungseinrichtung mit rechtlich geregelter Monopolstellung für die Produktion und Verbreitung von statistischen Daten für den Staat wird ein Zuschuss gewährt.
- (7) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- (8) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde mit Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet⁶ –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

Der Beschluss über die Einzelmaßnahme für die Republik Guinea, der das beigefügte Unterstützungsprogramm für die Staatskonsolidierung umfasst, wird angenommen.

Die Maßnahme besteht aus folgendem Programm:

- Anhang: Unterstützungsprogramm für die Staatskonsolidierung

⁵ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

⁶ ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

Artikel 2

Finanzieller Beitrag

Der Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 30 000 000 EUR zulasten des Europäischen Entwicklungsfonds.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Die Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung werden vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarung der im Anhang genannten Einrichtung übertragen.

Im Abschnitt „Mise en œuvre“ (Durchführung) des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

Zuschüsse können vom zuständigen Anweisungsbefugten nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben werden.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, und kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten nicht als substantiell im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben. Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substantiellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 11.8.2015

Für die Kommission
Neven Mimica
Mitglied der Kommission

